



Pressemitteilung

Hauff kritisiert Umweltgutachter: Provinzielles Denken beim Klimaschutz

Berlin, 08.05.2009 Als „provinziell“ bezeichnet Volker Hauff, Nachhaltigkeitsberater des Bundeskanzleramtes und ehemaliger Bundesminister für Forschung und Technologie, die Haltung von Umweltschützern zur großtechnischen Abtrennung des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid (CO₂) aus Kohle- und Gaskraftwerken. Hauff widerspricht einer am Mittwoch anlässlich einer Bundestagssitzung abgegebenen Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU).

Hauff wendet sich scharf gegen das doppelte „Weiter so“ der deutschen Energiepolitik: „Es ist nicht hinnehmbar, dass in Deutschland weiter Kohlekraftwerke mit alter Emissionstechnik gebaut werden, die uns in den Klima-Gau treiben. Und es ist völlig unakzeptabel, dass wir weiterhin der alten Illusion nachgehen, Deutschland könne in den nächsten Jahrzehnten völlig auf Basis erneuerbarer Energien versorgt werden und brauche daher keine Energietechnik-Offensive. Beides stimmt nicht.“ Mittelfristig, könne Deutschland vielleicht ohne Kohle auskommen, so Hauff, „aber die Welt kann es auf keinen Fall.“

Hauff spricht sich für die am Mittwoch im Bundestag erörterte Abtrennung und Speicherung von CO₂ aus Kohlekraftwerken aus und warnt vor dem von Umweltwissenschaftlern geforderten Stopp der Gesetzgebung. Der Nachhaltigkeitsexperte wirft den Umweltwissenschaftlern vor, ihre Blockadehaltung diene nicht dem Klimaschutz. Es sei „unverantwortlich, bei uns zu Hause zu verweigern, was global für viele Länder ohne Alternative ist“, so Hauff. Das St.-Florians-Prinzip lasse den Klimaschutz im Stich. So degeneriere die Maxime „global denken, lokal handeln“ zum „lokal denken, lokal handeln“.

Unverantwortlich sei dies insbesondere, weil sich nach Beobachtung von Wissenschaftlern die Anzeichen dafür mehrten, dass der Klimawandel schneller vor sich gehe als bisher prognostiziert und zugleich die Emissionen über alle Erwartungen anstiegen. China, Indien, die USA, Australien und viele Regionen in Afrika, so Hauff, werden nach Hauffs Einschätzung noch für lange Zeit auf Kohle zur Energiegewinnung setzen. „Entweder wir nehmen in Deutschland unsere Verantwortung wahr und schaffen den technischen Durchbruch, den Klimakiller CO₂ aus dem Kreislauf herauszunehmen, oder wir drängen diese Länder in die Kernenergie und stehen am Ende ohne ein Klima-Abkommen da.“

Zur Technologie der Abtrennung und Lagerung von CO₂ erklärt Hauff: „Wir wissen nicht, ob die erforderlichen Technologien rechtzeitig mit der erforderlichen Verlässlichkeit zur Verfügung stehen. Das darf aber kein Grund zum Nichtstun sein; im Gegenteil, mindestens unsere globale Verantwortung als Land mit einer beachtlichen Tradition in der Energietechnologie zwingt uns dazu, Wege in eine CO₂-ärmere Zukunft durch neue Technologien zu weisen. Der Anteil der Kohle an der globalen Energieversorgung wird nach überwiegenden Einschätzungen bis zur Jahrhundertmitte nicht unter 30 Prozent fallen. Hier liegt eine riesige Chance für die deutsche Industrie.“

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Bundesregierung im Herbst aufgefordert, klar vorzugeben, dass nach 2015 kein Kohlekraftwerk ohne Abscheidetechnik genehmigungsfähig und dass 2010, zum Zeitpunkt der Einigung auf ein Kyoto-Folgeabkommen, jede neue fossile Anlage nachrüstfähig sein muss. Der Nachhaltigkeitsrat hat ferner darauf gedrungen, dass die Politik Genehmigungsvoraussetzungen für die Lagerung der CO₂ schafft und dass alle heute in Betrieb befindlichen Kraftwerke, die mehr CO₂ als den jeweilige Durchschnitt der Stein- beziehungsweise Braunkohlekraftwerke emittieren, ordnungsrechtlich zu Nachbesserungen veranlasst werden.

In seiner Stellungnahme vom Oktober 2008 mahnt der Nachhaltigkeitsrat ein klimapolitisches Umsteuern mit Hilfe des Prinzips der Kreislaufwirtschaft an. Noch bestehe beim Umgang mit CO₂ das Gegenteil einer Kreislaufwirtschaft, weil das entstehende CO₂ vollständig in die Umwelt entlassen werde. Dies erinnere an die Müllentsorgung vor 40 Jahren. In Reaktion auf die Missstände beim Müll wurde damals das Konzept der Kreislaufwirtschaft entwickelt und politisch durchgesetzt. Heute besteht nach Ansicht des Nachhaltigkeitsrates eine große wissenschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung darin, Wege zu finden, das CO₂ in einen Kreislauf einzubinden, also bei der Verbrennung abzuscheiden, zunächst kontrolliert zu lagern und dann so rasch wie möglich in neuen Prozessen wieder zu verwenden – wohl wissend, dass Lagerung auf die Dauer keine Lösung ist. Aus Sicht des Nachhaltigkeitsrats muss das Kreislaufprinzip zu einem wesentlichen Bestandteil der Energieforschung werden und alle Themen und Techniken der CO₂-emissionsfreien Energiebereitstellung sowie der Speicherfunktion von Stromnetzen umfassen.

Der Rat

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung entwirft Beiträge und gibt Empfehlungen für die Nachhaltigkeitsstrategie und -politik der Bundesregierung. Dr. Volker Hauff ist Vorsitzender, Prof. Dr. Klaus Töpfer stellvertretender Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrates. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sie und elf weitere Mitglieder aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen im Mai 2007 neu berufen. Mehr unter www.nachhaltigkeitsrat.de.

Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung heißt, ökologische Ziele gleichberechtigt neben wirtschaftlichen und sozialen Zielen zu berücksichtigen. Zukunftsfähiges Wirtschaften bedeutet, kommenden Generationen ein intaktes ökonomisches, ökologisches und soziales Umfeld zu hinterlassen.

Kontakt: Rat für Nachhaltige Entwicklung, c/o GTZ Dr. Günther Bachmann Potsdamer Platz 10, D-10785 Berlin [T] +49(0)30 408190-121 [F] +49(0)30 408190 22-125 [E] guenther.bachmann@nachhaltigkeitsrat.de [W] www.nachhaltigkeitsrat.de	Presseanfragen: Rat für Nachhaltige Entwicklung, c/o GTZ Christian Schaudwet Potsdamer Platz 10, D-10785 Berlin [T] +49 (0)30 408190-233 [F] +49 (0)30 408190 22- 233 [E]: christian.schaudwet@nachhaltigkeitsrat.de [W] www.nachhaltigkeitsrat.de
--	---